

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Oktober 1989

am Donnerstag, dem 19. Oktober 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	42, 43	Jäger (CDU/CSU)	11, 16
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	48, 49	Dr. Klejdzinski (SPD)	37, 38
Frau Bulmahn (SPD)	44, 45	Dr. Kübler (SPD)	14, 15
Catenhusen (SPD)	6	Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	33, 34
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	19, 23	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	7, 8
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD)	1, 2	Oostergetelo (SPD)	3, 4
Eigen (CDU/CSU)	24, 25	Reuter (SPD)	31, 32
Frau Faße (SPD)	50, 51	Sieler (Amberg) (SPD)	27, 28
Frau Geiger (CDU/CSU)	12, 13	Frau Steinhauer (SPD)	29, 30
Gerster (Worms) (SPD)	41	Uldall (CDU/CSU)	20
Frau Dr. Götte (SPD)	35, 36	Urbaniak (SPD)	21, 22
Haack (Exertal) (SPD)	39, 40	Frau Walz (FDP)	17, 18
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	9, 10	Wüppesahl (fraktionslos)	5, 47
Hinsken (CDU/CSU)	26, 46		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung.	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	11

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den wertvollen Funden aus der Römerzeit bei, die bei Ausschachtungsarbeiten auf dem für das Haus der Geschichte bestimmten Grundstück entdeckt wurden?

2. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD) Ist die Bundesregierung entsprechend einer Anregung des Amtes für Bodendenkmalpflege bereit, diese Funde der Öffentlichkeit im Rahmen des Museums zugänglich zu machen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

3. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Riedl „Die DDR ist ein übles KZ“ anlässlich einer Veranstaltung der Graftschafter CDU am Montag, dem 25. September 1989, und welche Deutschlandpolitik ist verbindliche Regierungsmeinung, die des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft oder die des Bundesaußenministers?

4. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich von den Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft zu distanzieren, oder toleriert sie die Meinung von Herrn Dr. Riedl, wie sie in den Graftschafter Nachrichten veröffentlicht wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos) Hat die Bundesregierung Zahlen darüber, wie viele Tiere, die nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen geschützt sind und nicht mehr importiert werden dürften, tatsächlich trotzdem in die Bundesrepublik Deutschland – insbesondere über die Grenzstelle Gudow – eingeführt werden und hier in den Handel kommen, und wenn ja, wie viele Fälle illegaler Einfuhren sind seit der Unterzeichnung des Abkommens aufgedeckt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

6. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wird durch die geplante Novellierung der Bau-
nutzungsverordnung sichergestellt, daß auch
Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten zu-
lässig sind bzw. bleiben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

7. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemitteilungen zu, wonach seit 1983
der Anteil der Arbeiterkinder an der Zahl der
Studierenden erheblich gesunken ist?
8. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die-
se Entwicklung, und was beabsichtigt sie dage-
gen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

9. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Birma und auf
internationaler Ebene nachhaltig für eine faire
und freie Vorbereitung und Durchführung der
von der dortigen Regierung für Mai 1990 ange-
kündigten allgemeinen Wahlen einzutreten?
10. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, für
eine Beobachtung der Wahlen – besonders in
den Gebieten ethnischer Minderheiten – inter-
national und bei der birmanischen Regierung zu
sondieren?
11. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Weshalb weicht das Auswärtige Amt in seinen
Antworten auf Fragen nach der Geltung des Hit-
ler-Stalin-Paktes vom 25. August 1939 hartnäk-
kig der Frage aus, ob dieses Abkommen nicht
bloß seit dem Eintritt des Kriegszustandes zw-
ischen dem Deutschen Reich und der UdSSR un-
gültig, sondern wegen seines gegen zwingende
völkerrechtliche Normen verstoßenden Inhalts,
insbesondere wegen des berüchtigten geheimen
Zusatzprotokolls, dessen Existenz die UdSSR-
Regierung heute nicht mehr leugnet, als von
Anfang an nichtig zu behandeln ist?

12. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Stellen die von Bundesminister Genscher am Rande der diesjährigen UNO-Generalversammlung in New York gegenüber Journalisten gemachten Äußerungen zur politischen Zweckmäßigkeit und zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Friedensmissionen die Meinung der gesamten Bundesregierung dar, insbesondere sind diese Äußerungen als Abschluß und Ergebnis der Meinungsbildung der Bundesregierung, die laut Auskunft des Bundesministeriums der Justiz vom 7. und 23. August 1989 noch nicht abgeschlossen war, zu werten, und wann gedenkt die Bundesregierung das Parlament über das Ergebnis ihrer Meinungsbildung zu unterrichten?
13. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei ihrer Meinungsbildung zur Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Friedensmissionen Rechtsgutachten führender Verfassungsrechtler eingeholt, und welche Bedeutung mißt sie in diesem Zusammenhang den Ergebnissen der Tagung des Max-Planck-Instituts für Völkerrecht (17./18. August 1989) in Heidelberg zu, die diese Frage mit großer Mehrheit bejaht hat?
14. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung für den Fall, daß die USA auch – wie es in der Presse heißt – weiterhin chemische Waffen behalten werden, erklären, daß sie jede Form der Lagerung oder der Anwendung dieser chemischen Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ablehnen wird?
15. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Wagner, der die umgehende Abschaffung aller Sonderrechte der US-Streitkräfte auf deutschem Boden – etwa auch bei militärischen Tiefflügen – gefordert hatte, in bezug auf die Frage nach der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, oder ist sie – wie in der Antwort auf eine mündliche Frage von mir mitgeteilt – der Auffassung, daß auch bei den Verhandlungen der Bundesregierung mit den USA über die Reduzierung von Tiefflügen keine Souveränitätsdefizite bestehen?
16. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Werden die polnischen Grenzbehörden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Zusage des polnischen Außenministers beachten, wonach ohne Erlaubnis nach Polen eingereiste Deutsche aus der DDR nicht gegen ihren Willen in die DDR zurückgeliefert werden, oder bleibt es bei der bisherigen gegenteiligen Handhabung?

17. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis über die gegen das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen (UNHCR) erhobenen Vorwürfe, insbesondere über die lückenhafte Überprüfung der HCR-Hilfsprojekte auf ihre konkrete finanzielle Abwicklung und ihren Erfolg?
18. Abgeordnete
**Frau
Walz**
(FDP)
- Sollten diese Vorwürfe zutreffen, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung insbesondere in der Bereitstellung ihrer freiwilligen finanziellen Zuwendungen an das UNHCR ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

19. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Verkauf der wegen Umweltbelastung geschlossenen Kohlekraftwerke Barbara 1 und 2 aus Bexbach, Saarland, an eine Firma in Indien, und kann sie bestätigen, daß der Kaufpreis wesentlich über dem Schrottwert von 1,5 Mio. DM lag?
20. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll und ist sie bereit, in die Einkommensteuerstatistik Angaben über die Unterstützung bedürftiger Abgehöriger gemäß § 33 a Einkommensteuergesetz sowohl im Inland als auch im Ausland aufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die italienische Regierung zu veranlassen, beim Stahlkodex die Auflagen des EG-Ministerrates vom Dezember 1988 zur Produktionsreduzierung einzuhalten?

22. Abgeordneter
Urbanik
(SPD) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die EG-Kommission beim Europäischen Gerichtshof wegen dieses Verhaltens Klage einreicht, um die deutsche Stahlindustrie vor den Konsequenzen dieses italienischen Verhaltens zu schützen?
23. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN) Wie ist der Stand der Diskussion und die Meinung der Bundesregierung zu den vorgeschlagenen Stromdurchleitungsrechten der EG-Kommission?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Beschluß des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments, die Mitverantwortungsabgabe für Milch und Getreide zu streichen, aufzuheben?
25. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Was wird die Bundesregierung tun, um zu verhindern, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaften sich durchsetzt, 200 Mio. ECU für den ländlichen Raum zu streichen?
26. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in Spanien Wachteln bei besonderen Schießsportveranstaltungen mit Hilfe von technischen Vorrichtungen in die Luft katapultiert und dann geschossen werden, und wenn ja, welche Möglichkeiten gibt es für die Bundesregierung auf EG-Ebene im Sinne des Tierschutzes dahin gehend Einfluß zu nehmen, daß derartige Tierquälereien verboten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

27. Abgeordneter
Sieler
(Amberg)
(SPD) Welche Erfahrungen und Erkenntnisse besitzen die Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit über die Beziehung zwischen der Dauer und dem Erfolg der Sprachkurse für Aussiedler mit sprachlichen Defiziten und der beruflichen Integration von Aussiedlern auf den deutschen Arbeitsmarkt?

28. Abgeordneter
Sieler
(Amberg)
(SPD)
- Welche Konsequenzen für die der Bundesanstalt für Arbeit entstehenden Kosten dieser Sprachkurse und für die Eingliederungschancen der Aussiedler mit sprachlichen Defiziten hätte aus der Sicht des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesanstalt für Arbeit eine Verkürzung der Sprachkurse auf höchstens sechs Monate?
29. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Liegt der Bundesregierung – nachdem das Presse- und Informationsamt ein Gutachten über die Eingliederung von Aussiedlern erstellen ließ, in dem festgestellt wird, welchen Nutzen die Bundesrepublik Deutschland durch die Aussiedler hat, und das sicher von großer Bedeutung für die Akzeptanz der Aussiedler durch die deutsche Bevölkerung ist – ein ähnliches Gutachten über die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien vor, und wenn nein, warum nicht?
30. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Wenn keine Erkenntnisse über die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Arbeitnehmer und ihrer Familien vorliegen, ist die Bundesregierung bereit, ein auch für die Akzeptanz von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien in der Bevölkerung bedeutungsvolles Gutachten erstellen zu lassen, in dem aufgezeigt wird, welchen Nutzen die Bundesrepublik Deutschland durch ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien hat, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Welche Forschungsmittel hat die Firma C. seither für die Entwicklung und Erprobung eines Sicherheitsreifens, CTS (Conti-Tire-System) für gepanzerte und ungepanzerte Radfahrzeuge erhalten?
32. Abgeordneter
Reuter
(SPD)
- Ist beabsichtigt, dieser Firma weitere Forschungsmittel zur Entwicklung entsprechender Reifen bereitzustellen?
33. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken eines geheimgehaltenen Abtransports der amerikanischen C-Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen, die nur bei voller Offenlegung der Abzugspläne optimal durchgeführt werden können, und sieht die Bundesre-

- gierung nicht die Gefahr, daß bei unzureichender Öffentlichkeit des geplanten Abzugs in der Bevölkerung berechtigte Ängste, insbesondere entlang der vermuteten Transportwege, hervorgerufen werden?
34. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse der Erprobungsstelle Meppen bekannt, wonach beim Kampfflugzeug Phantom bei einer Verringerung der Geschwindigkeit von 835 km/h auf 778 km/h bei einer Flughöhe von 109 Metern keine Verringerung des Fluglärms eintritt und bei einer Flughöhe von 131 Metern lediglich eine Reduzierung um 0,36%, und sind diese Ergebnisse nicht unvereinbar mit dem Tiefflugbericht des Bundesministers der Verteidigung, in dem es heißt, daß diese Verringerung der Fluggeschwindigkeit „die Lärmbelastung . . . je nach Flugzeugtyp um bis zu 25 %“ senkt?
35. Abgeordnete
Frau Dr. Götte
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Äußerung des Standortkommandanten der amerikanischen Militärgemeinde Kaiserslautern vom 4. Oktober 1989 zur Frage der Sperrung der durch das US-Munitionslager Weilerbach verlaufenden Kreisstraßen K 5 und K 25 sowie der Landesstraße L 369 bekannt, wonach die US-Streitkräfte nicht auf einer Schließung dieser Straßen bestehen?
36. Abgeordnete
Frau Dr. Götte
(SPD)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß die deutschen Verkehrsteilnehmer auf der K 5/K 25 und L 369 stärker gefährdet sind als die amerikanischen Autofahrer, die diese Straßen benutzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

37. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der von dem kolumbianischen Staatspräsidenten Virgilio Barco – im Rahmen seiner am 14. April 1989 in Washington gehaltenen Rede – u. a. gestellten Forderung, daß die Methoden zum Abfangen der meist aus Europa stammenden Chemikalien zur Kokainherstellung verbessert werden sollten?
38. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang aus der Bundesrepublik Deutschland chemische Mittel (z. B. Azeton), die zur Kokainherstellung geeignet sind, an Kolumbien geliefert werden?

39. Abgeordneter
Haack
(Extertal)
(SPD) Hat die Bundesregierung die EG-Kommission über die Entwürfe der 4. Novelle Arzneimittelgesetz (AMG) unterrichtet?
40. Abgeordneter
Haack
(Extertal)
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung sichergestellt, daß die in der Beratung befindliche 4. Novelle AMG EG-rechtlichen Vorschriften entspricht, was die Beweislast hinsichtlich der therapeutischen Wirksamkeit im Verfahren nach § 30 AMG (Widerruf) beziehungsweise § 31 AMG (Verlängerung, Nachzulassung) betrifft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

41. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, Praktikanten und Praktikantinnen Fahrpreisermäßigungen bei der Deutschen Bundesbahn im Rahmen einer „Auflage mit Ausgleichsanspruch“ zu ermöglichen – gleich Schülern und Auszubildenden –, wie schon im Straßenpersonenverkehr und bei der Benutzung nicht bundeseigener Eisenbahnen?
42. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Sind Informationen zutreffend, denen zufolge die im „Vordringlichen Bedarf“ eingestufte B 462 im Bereich zwischen Waldstraßen-Brücke und Gaggenau-Mitte auf einer Länge von 170 m in vierspuriger Bauweise untertunnelt werden soll?
43. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Sieht die Bundesregierung gegebenenfalls die Möglichkeit, zu erwartende Beeinträchtigungen des Schloßbereichs am Eingang von Bad Rotenfels, des Kurgebiets und der damit verbundenen fast 300 m langen Stützmauern entlang der Murg, des Rothermas und des Freibades dadurch zu vermeiden, daß dieses gesamte Gebiet untertunnelt wird?
44. Abgeordnete
Frau
Bulmahn
(SPD) Welches Verkehrsaufkommen haben die IN-TRAPLAN CONSULT im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr sowie die Beratergruppe Verkehr und Umwelt im Auftrag der Firma THYSSEN jeweils für die sogenannte Magnetbahn-Magistrale Hamburg – München ermittelt, und woher stammt dieses Verkehrsaufkommen im einzelnen?

45. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)
- Wie hoch sind nach Schätzung der INTRAPLAN CONSULT die jährlichen Gesamtkosten für die sogenannte Magnetbahn-Magistrale Hamburg — München, und mit welchen jährlichen Erlösen rechnet die INTRAPLAN CONSULT aus dem Betrieb der sogenannten Magnetbahn-Magistrale?
46. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von Tempo 30 im innerörtlichen Bereich angesichts der Ergebnisse einer Studie des Automobilclubs der Schweiz im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Verkehrsfluß und die Umwelt, bzw. trifft es auch nach Ansicht der Bundesregierung zu, daß der Verkehrsablauf behindert wird und der Schadstoffausstoß insgesamt zunimmt?
47. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Da der Bundesregierung bekannt ist, daß die Stadt Geesthacht erneut vor der Entscheidung steht, ob sie eine Ortsumgehung von der BAB 25 (Marschenautobahn) durch die unter Landschaftsschutz stehenden Heidberge zunächst bis zur B 207 zieht, möchte ich wissen, ob die Bundesregierung auch bereit wäre, eine Bauweise in Tunnelform zwecks Ausgleichs zwischen Ökologie und Ökonomie mitzufinanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

48. Abgeordneter
**Börnsen
(Ritterhude)**
(SPD)
- Warum wird bei der Erfassung der Arbeitsbedingungen der bei der Deutschen Bundespost Beschäftigten der Schicht- und Nachtdienst erfaßt, aber schwere körperliche Tätigkeit und Bildschirmarbeit beispielsweise nicht?
49. Abgeordneter
**Börnsen
(Ritterhude)**
(SPD)
- Ist es mit dem Datenschutz vereinbar, daß Daten über die Personalausfälle bei der Deutschen Bundespost an den Bundesrechnungshof weitergegeben werden?
50. Abgeordnete
**Frau
Faße**
(SPD)
- Warum werden durch den Bundesrechnungshof bei der Erfassung der im Ermittlungszeitraum erkrankten Beschäftigten bei der Deutschen Bundespost jeweils neben dem Namen und dem Vornamen auch die Nationalität, der Familienstand und die Anzahl der nach dem 31. Dezember 1979 geborenen Kinder vermerkt?

51. Abgeordnete
**Frau
Faße**
(SPD)

Warum werden bei der Erfassung der Krankentage der bei der Deutschen Bundespost Beschäftigten zusätzlich die Krankentage, die u. a. durch Mutterschutz und Schwangerschaft bedingt sind, und der Krankheitsbeginn, u. a. vor, nach und während des Urlaubes oder Sonderurlaubes festgehalten?

Bonn, den 13. Oktober 1989